Ist alles gut an **Hamburgs Schulen?**

Die vor kurzem gegründete **Volksinitiative „Gute Inklusion“** macht sich für bessere Lernbedingungen stark. Seit 2012 die Hamburger Schulklassen für das Inklusionsmodell geöffnet wurden, hat sich laut ihr die Situation vor Ort dramatisch verschlechtert.

Engagierte Mitglieder der Volksinitiative „Gute Inklusion“ an ihrem Infostand in Volksdorf.

Bereits 2006 wurde die UN-Behindertenrechtskonvention verabschiedet, die allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft garantieren soll. Die Hamburger Bürgerschaft hat deshalb 2009 beschlossen die seit den 1990er-Jahren bestehenden Integrationsklassen durch das Inklusionsmodell abzulösen, das 2012 in Kraft getreten ist und den Schulalltag stark verändert hat.

Dazu muss man wissen, dass Integration und Inklusion zwei unterschiedliche sozialpolitische Konzepte sind. Integration setzt gesellschaftliche Normen einer Mehrheit voraus, in diese sollen Menschen anderer Gruppen eingebunden werden. Inklusion versteht Differenz hingegen als positiv und bereichernd – allen Menschen soll, mit ihren individuellen Eigenschaften, Teilhabe ermöglicht werden.

In Hamburg ist der Übergang von den Integrationsklassen (bis 2012) zur Inklusion aus der Perspektive der Initiatoren der Volksinitiative als Sparprogramm realisiert worden. Denn im Integrationsmodell seien nur in ausgewählte Klassen SchülerInnen mit Behinderung oder sonderpädagogischem Förderbedarf aufgenommen und dort ausreichend betreut worden. Für die Inklusion seien dagegen alle Schulklassen geöffnet worden, was durch die wachsende Schülerzahl mit zusätzlichem Betreuungsbedarf eine Überstrapazierung der Mittel hervorgerufen habe. Bis dahin hatte ein größerer Anteil dieser Kinder spezielle Sonderschulen besucht.

Bei der Gegenüberstellung der jeweiligen Modelle ergebe sich, dass seit 2012 die Personalzuweisung für SchülerInnen mit Behinderung um ein Drittel gekürzt und der Anspruch auf einen Gruppenraum gestrichen worden sei. Schüler mit LSE-Bedarf (Lernen, Sprache, emotionale-soziale-Entwicklung) hätten in Integrations-Klassen 6,5 zusätzliche Lehrerstunden bekommen, seit der Umstellung seien es nur noch drei. Weil an den Schulen außerdem kein ausreichendes therapeutisches und pflegerisches Personal vor Ort sei, würden viele betroffene Eltern ihre Kinder in die speziellen Sonderschulen geben, in denen die Versorgung gesichert sei, erklärt die Volksinitiative.

Deshalb fordert sie mehr pädagogisches, therapeutisches und pflegerisches Personal, zusätzliche Räume und weitere Baumaßnahmen zur Gewährleistung von Barrierefreiheit. Dafür sollen über zehn Jahre jährlich zusätzliche zehn Millionen Euro bereitgestellt werden.

Die InitiatorInnen sind von der Richtigkeit ihres Anliegens überzeugt. Beispielsweise die Schülerin Hanna Schweizer, die früher Teil einer Integrations-Klasse war und nun als Oberstufenschülerin den veränderten Schulalltag beurteilt: „Schüler können nur gut unterrichtet werden, wenn ausreichend Personal zur Verfügung steht. Momentan wird Inklusion als Sparprogramm gelebt. Dabei kann Inklusion, wenn sie gelingt, das Positivste überhaupt sein.“ Auch Sylvia Wehde, Mutter von drei Jungen in drei Schulformen, sieht ein großes Finanzierungsproblem: „Es ist an der Zeit, dass mehr Ressource ins System fließt. So, wie es derzeit ist, können Schüler nicht gleichberechtigt lernen.“

Die räumliche Ausstattung der Schulen werde dem veränderten Alltag des Unterrichts nicht gerecht, weil neben barrierefreiem Zugang auch die Einrichtung von Räumen für Therapie, Pflege, Psychomotorik, Gruppenarbeit und Rückzug nötig sei.

Dass die Sicht der Volksinitiative auf den Schulalltag und die Bewertung der bisherigen Investition sich sehr von der Darstellung der regierenden Parteien unterscheidet, wird schnell deutlich. Beispielsweise reichen die laut „Gute Inklusion“ etwa 200 neu geschaffenen Stellen für SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf deshalb nicht aus, weil die Zahl dieser Schülergruppe stark gestiegen sei. In einem Fernseh-Talk bei „Hamburg 1“ äußerte die Fachsprecherin für Schule der SPD Barbara Duden Ende Januar hingegen, dass „fast 1.200 Lehrer zusätzlich eingestellt worden“ seien. Nach Pit Katzer sind 1.000 dieser Stellen jedoch noch zur Zeit der Integrations-Klassen geschaffen worden und können entsprechend nicht zu den Maßnahmen des Inklusions-Modells hinzugezählt werden. Peter Albrecht, Leiter der Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung, beantwortete unsere Bitte um Stellungnahme bis Redaktionsschluss nicht.

Damit sich die Hamburger Bürgerschaft in einer öffentlichen Sitzung mit ihrem Anliegen befassen muss, muss die Initiative bis zum 22.7. 10.000 Unterschriften einreichen. Für den Fall, dass sie mit dem Ergebnis der Sitzung nicht zufrieden ist, behält sie sich die Einleitung weitere Schritte vor.

Wolfgang Wagner

Weitere **Informationen** sowie Download-Formulare unter **www.gute-inklusion.de**